

SPD GRASDORF-LUTTRUM

Ausgabe 4/2012

SPD



Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung/AdSD

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Ausgabe steht im Zeichen „150 Jahre SPD“, dem Jubiläum, das unsere Partei im kommenden Jahr feiert:

„Wir wollen eine Partei der Arbeit sein und uns offenhalten für den technologischen Fortschritt. Wir sind eine Partei der Freiheit. Und wir sind die Partei der sozialen Sicherheit auf der Basis unserer Verfassung eines sozialen Rechtsstaates.“ - so Hermann Rappe 1985. Er hat über Jahrzehnte die Entwicklung unserer Partei und - als Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik - der Gewerkschaften mitgestaltet und ge-

prägt, er war 26 Jahre für den Wahlkreis Hildesheim Mitglied des Deutschen Bundestages. Ein Gespräch mit ihm über 150 Jahre SPD habe ich in diese Ausgabe aufgenommen.

Rotraut Hammer-Sohns bringt uns Elise Bartels näher, Sozialdemokratin und von 1922 bis 1925 Mitglied des Reichstages für den Wahlkreis Südhannover-Braunschweig, zu dem auch die Ortschaften der heutigen Gemeinde Holle gehörten. Im Hildesheimer Volksblatt, vom SPD-Unterbezirk Hildesheim zwischen 1919 und 1933 herausgegebene Tageszeitung, ist zwar kein Besuch von Elise Bartels in Grasdorf oder Luttrum verzeichnet, sehr wohl aber für

Sillium, wo - nach der Berichterstattung im Hildesheimer Volksblatt - während der Weimarer Republik der Schwerpunkt sozialdemokratischer Aktivitäten für den Bereich der heutigen Gemeinde Holle lag. Gleichwohl finden sich im Hildesheimer Volksblatt Hinweise auf Aktivitäten der SPD in Grasdorf. Ich habe zwei Veranstaltungsanzeigen aufgenommen.

Wolfgang Jüttner MdL, Mitglied der SPD-Grundwertekommission des Parteivorstandes, zeigt in seinem Artikel noch einmal die Entwicklung unserer Partei und die Bedeutung von 150 Jahren SPD auf.

Euer Sven

War Elise Bartels in Holle, Sillium und Hackenstedt?

von Rotraut Hammer-Sohns, Hildesheim, im August 2012

Die Zeitungsanzeige im Hildesheimer Volksblatt vom April 1920 erlaubt die Annahme, dass Elise Bartels zumindest in Holle auf einer öffentlichen Veranstaltung gesprochen hat. Sie hatte sich in der Sozialdemokratie zu einer gefragten „Frauenagitorin“ entwickelt. Elise Bartels hatte vom Bezirk Hannover 1920 den Platz 5 auf der Liste des Wahlkreises Süd-Hannover Braunschweig erhalten. Er galt als aussichtsreich. Ein aussichtsreicher Platz stand damals nach den Statuten der SPD je einer Frau zu.

1920 war Elise Bartels schon 20 Jahre in der Gewerkschaftsjugend aktiv. Dort durften Frauen ab 18 Mitglieder werden. Am 1. Mai 1914 sprach sie in Peine zum Frauenwahlrecht. Erst nach der Novemberrevolution 1918 erhielt sie wie alle Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Aber nicht nur das! Bis dahin standen Frauen wie Kinder unter der Vormundschaft von Vater oder Ehemann. 1919 wurde Elise sofort in den damaligen Rat der Stadt Hildesheim gewählt. 1922 rückte sie in den Reichstag in Berlin ein und musste bis zu ihrem frühen Tode 1925 noch zwei Wahlkämpfe bestehen. Sie konnte beide Male ihren Wahlkreis mehrheitlich gewinnen.

Die sozialdemokratischen Zeitungen in ihrem Wahlkreis berichten von ihren gut besuchten Frauen- und Wahlversammlungen und ihrem großen rhetorischen Talent. Sie berichten auch von zahlreichen Parteimitriten im Anschluss an ihre Reden.

Im Hildesheimer Michaelisviertel wurde sie 1880 als Tochter eines Sozialdemokraten geboren. Die Familie zog in den ersten zehn Jahren ihres Lebens nahezu zehn Mal



Elise Bartels, Foto: Archiv der AWO

um. Es war die Zeit der Gesetze gegen die gemeingefährlichen Be-

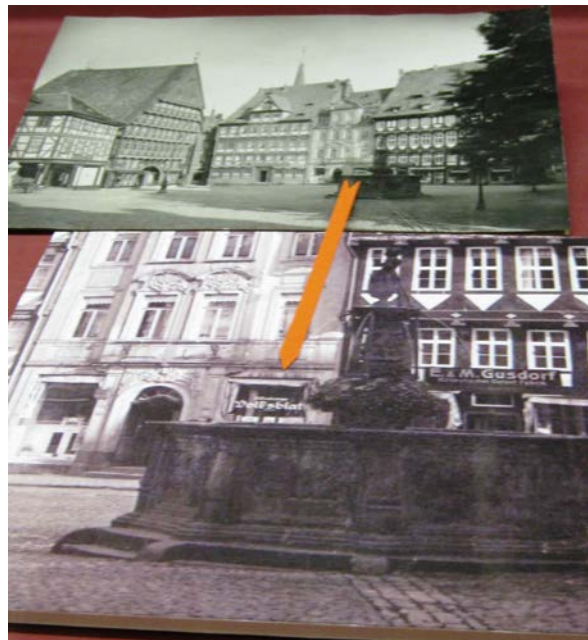


Foto Verlagshaus, privat/Rotraut Hammer-Sohns

strebungen der Sozialdemokratie. Elises Vater war Vertrauensmann, d.h. einer der Genossen, die damals bis zur Neuorganisation nach 1904 das organisatorische Rück-

grat der SPD darstellten. Sie waren buchstäblich die Partei. Um Verhaftungen zu entgehen, zog die Familie fortwährend um, damit die Obrigkeit nie wusste, wo sie zu finden war.

Als Elise zwölf Jahre alt ist, stirbt ihre Mutter. Ihr Vater stirbt sechs Jahre später. Da hat Elise gerade eine kostenpflichtige, mehrjährige Ausbildung als Stickerin abgeschlossen. Laut dem Eintrag im Reichstagshandbuch von 1924 arbeitete sie als Dienstmädchen oder Fabrikarbeiterin bis sie 1901 einen Sozialdemokraten heiratet. Ihre beiden Töchter werden geboren und Elise Bartels verlässt mit ihnen die Enge des Hauses und nimmt sie mit zur Arbeiterjugend.

Elise Bartels war auch Vorsitzende der „Presskommission“ der SPD Hildesheim, die im April 1919 durch Verkauf von 2000 Anteilscheinen den Druck einer eigenen Zeitung, des Hildesheimer Volksblatts, ermöglichte. Eine eigene Zeitung als Voraussetzung für Verständigung und Plattform für

Demokratie war Elise Bartels sehr bewusst. Sie gründete neben Druckerei und Verlag auch gleich die Bibliothek. Das anliegende Foto zeigt den ersten Sitz des Verlages in Hildesheim (Preisfrage: Um welches Gebäude handelt es sich? Gewinn: eine Elise-Bartels-Schokolade).

Auf der ersten von ihr 1922 einberufenen Frauenkonferenz in Hildesheim sprach sich die Gründerin der AWO im Reich, im Bezirk Hannover und in Hildesheim gegen ein vorgegebenes Bild von Weiblichkeit aus. Sie formulierte das etwa so: Frauenarbeit und Männerarbeit sollten nicht scharf voneinander getrennt werden. Arbeit solle von dem Menschen ausgeübt werden, der sie versteht. Und in ihrem Text

grat der SPD darstellten. Sie waren buchstäblich die Partei. Um Verhaftungen zu entgehen, zog die Familie fortwährend um, damit die Obrigkeit nie wusste, wo sie zu finden war.

„Wir Hausfrauen und die Reichstagswahlen“, den wir als ihr Wahlprogramm begreifen dürfen, argumentierte sie gegen die Vorstellung, dass Heim und Familie eine eigene Welt der Frauen sei, in der Politik nichts zu suchen habe. Sie schreibt: „Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache...“

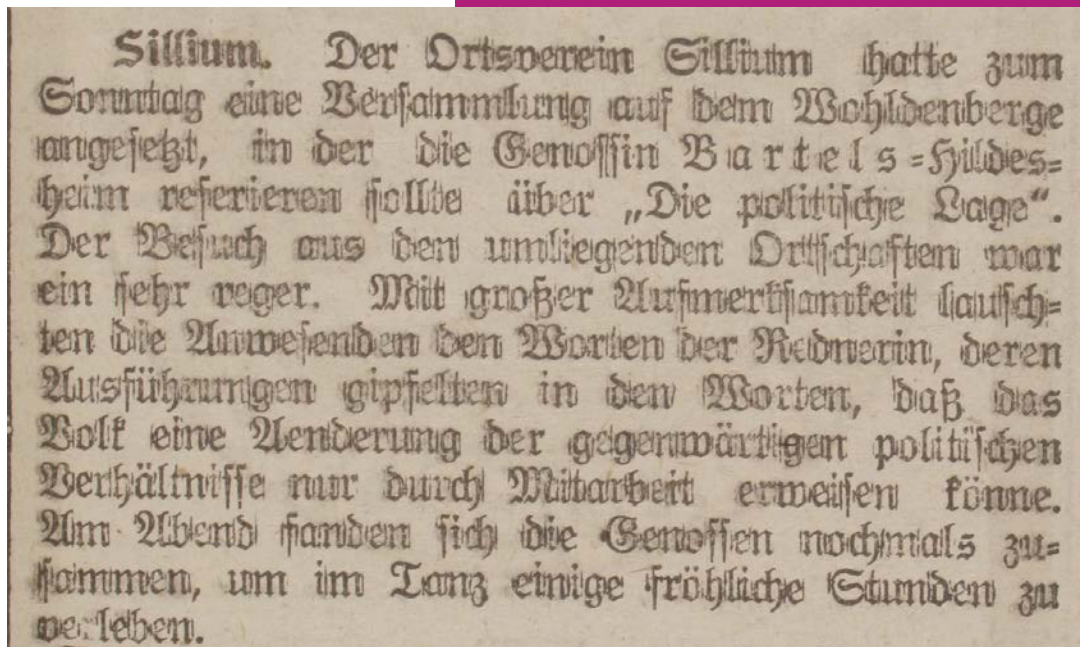
Seit dem 11. August 2010 ist Hildesheim mit Elise Bartels frauenORT, der achte in Niedersachsen. Mit einem kulturtouristischen Angebot wird das Leben und Wirken dieser bedeutenden Frau bekannt gemacht. „Sie lebte vor, was sie vertrat: Dass Frauen durch politische Arbeit ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und gestalten können.“

Weitere Information zum frauenORT:

www.frauenorte-niedersachsen.de/index.php?article_id=26

Weitere Angebote:

- „frauenORT Elise Bartels Hildesheim“ Faltblatt für selbstorganisierte Touren: Tourist Information am Marktplatz in Hildesheim
- „Elise Bartels‘ Hildesheim“, Kostümführung mit Annette Jander. Buchungen: Gerda Schultze-Tostmann, Tel. 05129 96123
- „Das Persönliche ist politisch!“. Elise Bartels im Hildesheimer Stadtmuseum: Knochenhauer Amtshaus (unterm Dach!)
- „Hommage à Elise Bartels“, Kunstmappe des Künstlers Micha Kloth: Stadtmuseum Hildesheim
- „Elise-Bartels-Schokolade“, handgeschöpft, Vollmilch mit Zitronenkaffee, Coffea im Zuckerhut in Hildesheim

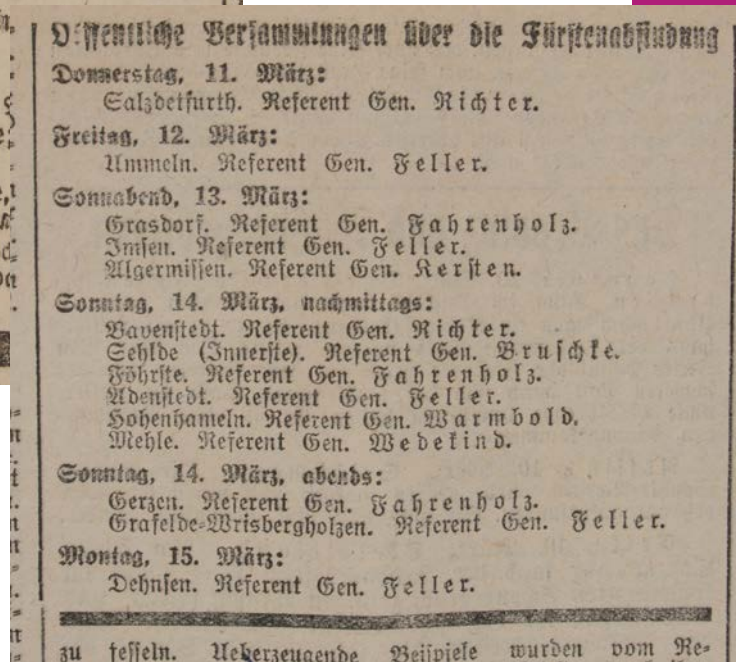


Hildesheimer Volksblatt, 5. September 1921, Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500

SPD Grasdorf in der Weimarer Republik



Hildesheimer Volksblatt, 3. Dezember 1924,
Stadtarchiv Hildesheim, ErfBestand 500



Hildesheimer Volksblatt, 11. März 1926, Stadtarchiv Hildesheim, Bestand 500

Terminhinweis

Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins

Samstag, 26. Januar 2013, 16:00 Uhr,
Feuerwehrhaus Grasdorf

Gast: Markus Brinkmann MdL

Ergebnisse der Landtagswahlen und die weitere landespolitische Entwicklung

„Dass es keine deutsche Geschichte gibt ohne sozialdemokratische Partei.“

Interview mit Hermann Rappe am 13. September 2012

Sven Wieduwilt (SW): 150 Jahre SPD, nächstes Jahr feiert die SPD ihr großes Jubiläumsjahr. Welche Bilanz würdest Du nach 150 Jahren SPD ziehen?

Hermann Rappe (HR): Dass es keine deutsche Geschichte gibt ohne sozialdemokratische Partei. Und das denke ich, ist eine ganz wichtige Feststellung, dass wir das Handeln, das Entwickeln der Menschen in den letzten 150 Jahren in diesem Land und darüber hinaus bestimmt haben.

SW: Wo siehst Du die größten Erfolge für unsere Partei?

HR: Ich glaube der größte Erfolg liegt in dem Beginn der Arbeit der Sozialdemokratischen Partei. Man muss sich ja immer klar machen, dass es eine liberale Revolution für die mittleren Schichten 1848 war, aber das dieser Revolution die soziale Komponente und die sozialen Grundsätze fehlten, und zwar fehlten für die ganze Arbeiterschaft, fehlten für die Frauen und für junge Menschen. Das heißt von Freiheit kann man nicht leben, ohne Freiheit auch nicht, aber zur Freiheit gehört die soziale Sicherung. Und das war der größte Beitrag der Sozialdemokratischen Partei, das deutlich zu machen.

SW: Die Niederlagen unserer Partei?

HR: Die größte Niederlage der Sozialdemokratischen Partei war ganz sicher 1949, der Beginn also der politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Die-

ses Wahlergebnis war eine große Niederlage.

SW: Wenn Du Dir das Wahlergebnis 1949 ansiehst, die Wahl Niederlagen, die in den Jahren 1953 und 1957 folgten, und die Debatten, die dann in der SPD einsetzten, wie würdest Du diese Debatten im Rückblick beschreiben? Wie hast Du sie damals wahrgenommen?

HR: Wir hatten die große Last von vor 1933 noch auf dem Buckel. Ein Teil der Menschen hat ja immer in der Vorstellung gelebt, die Weima-

gerlicher Kreise, wir würden es mit den Kommunisten nicht ganz eindeutig klar abgegrenzt halten - obwohl Kurt Schumacher schon 1946 in seiner ersten Kundgebung deutlich formuliert hat, aus unserer Erfahrung der Weimarer Republik sind Kommunisten rotlackierte Faschisten. Und trotzdem hat Adenauer uns die dauernde ostpolitische Schwäche gegenüber den Kommunisten angedichtet.

SW: Die Debatten der 50er Jahre führten zu der „Neuaufstellung“ der SPD mit dem Parteitag 1958



rer Republik sei im wesentlichen von der Sozialdemokratischen Partei am Ende getragen worden. Der Beginn dann 1945 konnte zunächst nur erfolgreich sein, weil wir 1933 gegen Adolf Hitler mit dem Ermächtigungsgesetz eindeutige Positionen bezogen haben. Wir haben ja dem Ermächtigungsgesetz im Reichstag, wie bekannt, nicht zugestimmt. Insofern war der Anfang 1945 auch für uns junge Sozialdemokraten ein ganz hoffnungsvoller Anfang. Aber wir hatten die Belastung des geteilten Landes, der sowjetisch besetzten Zone und des dauernden Verdachtes bür-

und der damit verbundenen Veränderung der Organisation, und 1959 zu dem legendären Godesberger Programm. Wie war denn zur damaligen Zeit die Wahrnehmung des Godesberger Programms für Dich als Person?

HR: Auch da muss man noch einmal die historische Belastung an den Beginn einer solchen Antwort stellen. Das Heidelberger Programm der SPD von 1925 war ein nach links orientiertes Programm, weil man die USPD, die abgespalten war zu Beginn der Weimarer Republik, wieder in die SPD, in die

Gesamtpartei zurückholen wollte. Insofern hatten wir noch Anfang der 50er Jahre das Heidelberger Programm als Richtschnur. Es begann dann nach 1953, der Wahl-slogan 1953 von Konrad Adenauer war, alle Wege führen nach Moskau, und 1957 ebenfalls gleiche Entwicklung, gleiche Tendenz, und dann begann die Programmdiskussion, die dann zum Bad Godesberger Programm führte.

Es gab gar keinen Zweifel, der reformative Teil, also der Teil, der auf Reformen, auf demokratische Grundformen und Mehrheiten setzte, war Mehrheit in der SPD, nicht der Linksflügel. Insofern waren die Aussichten, das Bad Godesberger Programm in dieser Richtung zu entwickeln und danach Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik zu führen, mit einem ganz anderen Optimismus begleitet als in der Zeit zwischen 1949 und 1957.

SW: Ich würde jetzt gleich zu der Regierungsbeteiligung der SPD springen.

HR: Nachdem Erhardt als Bundeskanzler gescheitert war, kam 1966 die Große Koalition. Eine eindeutige Position des Parteivorstandes in diese Große Koalition zu gehen, um endlich die SPD als regierungsfähige Partei zu dokumentieren in der bundesrepublikanischen Politik. Dem folgte 1969 die Willy-Brandt-Wahl mit der Möglichkeit, mit einer zum linken Flügel hin entwickelten FDP eine Koalition zu machen. Das ging mit dieser FDP 1969 ohne große Schwierigkeiten, denn die neuen Männer der FDP, Walter Scheel und Döring und Frau Funke und viele andere, Karl-Hermann Flach als Generalsekretär, wollten eine andere Entspannungspolitik, eine

andere Ostpolitik und diese andere Ostpolitik war sozusagen die Richtschnur für die erste Regierung Brandt und die zweite Regierung Brandt. Und insofern war die Wahl 1972 eine regelrechte Willy-Wahl und ein großer SPD-Erfolg.

SW: Wenn Du an Deine Zeit im Deutschen Bundestag denkst, was hat Dich am stärksten geprägt?

HR: Ich bin 1972 in den Bundestag



gewählt worden. Zunächst war ich selber begeistert und erstaunt, dass der Wahlkreis Hildesheim mich direkt gewählt hat, denn das war nicht so ohne weiteres vorhersehbar: Erstens weil ich neu war und zweitens weil der Wahlkreis Hildesheim zu dem Zeitpunkt nicht so ganz eindeutig eine sozialdemokratische Hochburg war. Beeindruckt hat mich außer der Friedenspolitik, der Ostpolitik, der Entspannungspolitik dann vor allen Dingen ein dickes Bündel innenpolitischer Fragen und die SPD hat ja dann auch die Innenpolitik, die Sozialpolitik, die Gesellschaftspoli-

itik, die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung zum wichtigsten Punkt gemacht. Berufsausbildungsgesetz als ein Schwerpunkt, innenpolitische, sozialpolitische und gesellschaftspolitische Themen waren der große Bereich, den die SPD dann 1972 zum Mittelpunkt ihrer Politik gemacht hat.

SW: Neben der Politik in der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion gab es in der SPD zunehmend Debatten um das Thema Wirtschaftsdemokratie, ab Mitte der 70er Jahre um ökologische Fragen, Ende der 70er Jahre Friedenspolitik mit den Spannungen, die sich dann auch in der SPD entwickelt haben. Wie beurteilst Du diese Entwicklungen?

HR: Ganz gut und auch ganz glatt ging noch eine rentenpolitische Entscheidung und die Mitbestimmungsentscheidung des 76er-Gesetzes. Das ging mit der FDP auch noch glatt, denn man darf ja bei den Entwicklungen, die in der SPD eine Rolle spielten, andererseits auch nicht die Entwicklungen des Koalitionspartners außer Acht lassen, denn da wuchs langsam der Genscher- und Lamsdorf-Flügel nach vorne und es gab so eine Entwicklung, bei der man ahnen konnte, es wird jetzt eine rechtsgestrickte FDP und keine linksliberale FDP mehr. In der SPD selbst gab es die großen Diskussionen um Reformpolitik. Die Reform, die die Regierung Schmidt machen musste im sozialpolitischen Bereich, also die Begrenzung der brutto-lohnbezogenen Rente, die Einführung also der netto-lohnbezogenen Rente, war eine der größeren Auseinandersetzungen in der Partei. Der zweite große Schwerpunkt waren ökologische Fragen. Das Auftreten dieser Diskussion hing zusammen und

brachte Spannung mit der industriepolitischen Position seitens der Gewerkschaften und auch eines Teils der SPD, die die Sorge hatten, dass eine überdimensionierte Umweltpolitik aus damaliger Sicht die industriepolitische Position der SPD in Frage stellen und Arbeitsplätze in Gefahr bringen könnte. Erst nach 1980, nach 1984 gab es dann eine Diskussion in der SPD, die deutlich machte, Umweltpolitik wird nicht nur Arbeitsplätze verändern, sie wird auch neue schaffen.

SW: Du hast die Debatten in den 80er Jahre eben mit angesprochen, in den neuen Diskussionen nach 1982 und 1983, nach dem Regierungswechsel zu Schwarz-Gelb, gab es auch „korrigierende“ Debatten, z.B. zum Nato-Doppelbeschluss. Und es gibt Personen, die beschrieben die Stimmung in der SPD-Bundestagsfraktion und in der Partei als teilweise „haßerfüllt“. Würdest Du das auch so sehen?

HR: Die Spannungen in der Partei und in der Bundestagsfraktion waren außerordentlich groß, übrigens auch im DGB. Denn das war ja die Frage: Wie kann man die Bundesrepublik zu einem vollständigen und selbständigen Partner innerhalb des Nato-Bündnisses machen, wenn man die Wiedervereinigung haben will und die volle Kompetenz der Politik. Während die früheren Besatzungsmächte, vor allen Dingen auch die drei westlichen Besatzungsmächte, gegenüber der Bundesrepublik und auch gegenüber der Bundesregierung eindeutig, gegenüber jeder Bundesregierung, egal, welche Partei die Bundesregierung stellte, die eindeutige Forderung erhoben hat, wenn Nato-Truppen am eisernen

Vorhang stehen sollen, um den Westen zu verteidigen, dann brauchen wir entweder die Kompetenz, die Kontrollrechte über die Bundeswehr und über die Bundesrepublik als letzte Instanz oder die Bundesrepublik bekommt die volle Selbständigkeit, dann aber mit den Kompetenzen auch einer notwendigen Verfassungsänderung durch die Notstandsgesetzgebung. Diese Auseinandersetzung hat die Bundesrepublik erfüllt und auch die Sozialdemokratische Partei in große Auseinandersetzungen gebracht.

Wir kamen dann 1982 an den Punkt, der ja in der Feststellung von Helmut Schmidt gegipfelt hat, in der Fraktionssitzung vor seinem Rücktritt: *Das was ihr wollt, will ich nicht. Und das, was ich will, wollt ihr nicht. Ich bin der Auffassung,*

Auszug aus der Abschlussrede von Hermann Rappe bei der ersten Tagung der Kurt-Schumacher-Gesellschaft 1985:

- „1. Wir sind der Republik und in der parlamentarischen Demokratie verhaftet. Wir wollen eine Partei mit der Grundorientierung westlicher Politik, integriert ins Westliche Bündnis; wir sind – wie Schumacher sagte – eine Partei des Westens.
2. Wir sind eine Partei der klaren Abgrenzung zu den Kommunisten.
3. Wir wollen eine Partei der Arbeit sein und uns offenhalten für den technologischen Fortschritt.
4. Wir sind eine Partei der Freiheit.
5. Und wir sind die Partei der sozialen Sicherheit auf der Basis unserer Verfassung eines sozialen Rechtsstaates.“

die Bundesrepublik kann nur als Vollmitglied in der NATO mit vollen Kompetenzen regiert und in die Wiedervereinigung gehen und die Wiedervereinigung fordern. Eine andere Möglichkeit ist nicht drin. Ich sehe kein anderes außenpolitisches Konzept.

SW: Ebenfalls in den 80er Jahren wurde 1985 die Kurt-Schumacher-Gesellschaft gegründet. Bei der ersten Tagung hast Du das Schlusswort gehalten und hast eine Charakterisierung sicherlich des

„Seeheimer Kreises“, aber eigentlich auch eine Charakterisierung der gesamten Partei vorgenommen.

Bestimmte Punkte haben sich historisch erledigt, z.B. die Abgrenzung zu den Kommunisten ist irrelevant geworden, andere Punkte sind erstaunlich aktuell, z.B. die Aussage „Partei der Arbeit“. Wie erklärst Du Dir die Aktualität einer Aussage, die Du vor 27 Jahren getroffen hast.

HR: Nun, ich bin ja von 1945 an in der Sozialdemokratischen Partei tätig gewesen, aber eben auch von Anfang an in den Gewerkschaften und ich war ja als Sozialdemokrat Gewerkschaftsfunktionär. Ich könnte mir das eine ohne das andere nicht vorstellen, aber das die Sozialdemokratische Partei die Par-

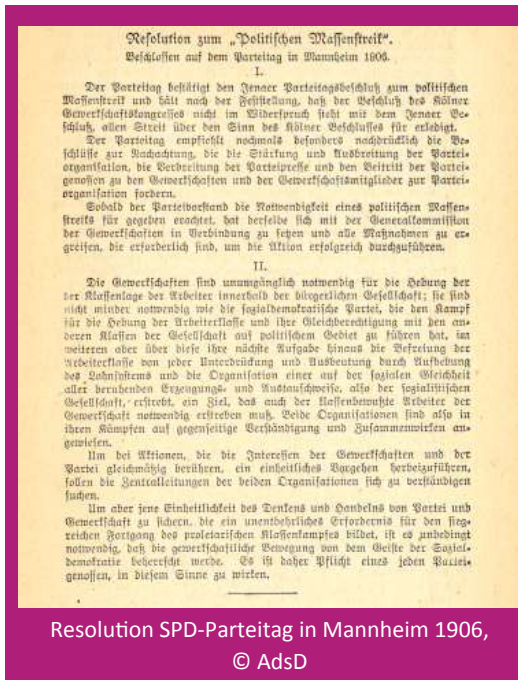
tei der Arbeit ist und der sozialen Verantwortung sein muss und das sie auf der Seite des immer schwächeren Teils der Bundesrepublik stehen muss und, dies auch von Generation zu Generation sich zwar in den Formen ändert, sie aber die Partei der wirtschaftlichen Kompetenz und der Arbeitskompetenz und der sozialen Sicherheit sein muss, das ist wohl unbestritten. Und das wäre keine sozialdemokratische Partei mehr, wenn sie diese Grundsätze nicht hätte.

SW: Du hast eben Deine Tätigkeit bei den Gewerkschaften angesprochen. Sowohl SPD als auch Gewerkschaften haben ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Schreiten beide noch „Seit´ an Seit“ oder sind die Differenzen so groß, dass man eher von einer privilegierten Partnerschaft sprechen muss als von einem historischen Bündnis?

HR: Also der Beginn ist ja eine einheitliche Formation und ein einheitliches Auftreten bis 1906. Man muss immer im Kopf haben, dass 1905 auf dem Parteitag Clara Zetkin gegen August Bebel den Standpunkt vertreten hat, dass der politische Streik Sache der Partei ist und der Tarifstreik Sache der Gewerkschaften ist.

Dazu ist dann 1906 das „Mannheimer Abkommen“ abgeschlossen worden zwischen dem Gewerkschaftsvorstand und dem Parteivorstand. Seitdem gibt es eine organisatorische Trennung zwischen Partei- und Gewerkschaftsvorstand. Das Zusammenspiel ging gut, auch in der Weimarer Republik, auch nach der Weimarer Republik, also ab 1945. Spannung gab es meiner Ansicht eine ganze Zeit lang in der Phase, wo die SPD Regierungspartei war. Das ist für eine Reihe auch im DGB links-orientierten Gewerkschaften der 60er, 70er und 80er Jahre ein dicker Brocken gewesen zu begreifen, dass die SPD trotz ihrer Verpflichtung die Partei für die Arbeitnehmer im wesentlichen zu sein, dass sie dennoch für das Ganze und für das Volk und für das Land verantwortlich ist, das ergab die Span-

nungen. Inzwischen glaube ich, dass sowohl im DGB, was eine wichtige Voraussetzung ist, wenn ich mir die Einzelgewerkschaften ansehe, eine andere Sicht der Re-



Resolution SPD-Parteitag in Mannheim 1906,
© AdSD

gierungsfähigkeit der SPD gereift ist. Heute wird, glaube ich, besser als vor 20 oder 30 Jahren begriffen, dass die Sozialdemokratische Partei Regierungspartei, Koalitionspartner einer anderen Partei sein muss und sein wird, aber dass es wichtig ist, dass ihre Stimme in der praktischen Politik zur Geltung



Plenum des SPD-Parteitages in Mannheim 1906, © AdSD

kommt.

SW: Auch zum Thema Gewerkschaften: In den 70er und 80er Jahren gab es große gemein-

wirtschaftliche Unternehmungen, die gescheitert sind. Eigentlich sprach man von einem Ende der Gemeinwirtschaft. Heute gibt es viele Genossenschaften, Energiegenossenschaften, kleine Läden in ländlichen Gemeinden, die als Genossenschaften organisiert sind. Kann man heute davon reden, dass die Idee der Gemeinwirtschaft doch nicht überholt ist, dass dieser Gedanke, der auch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung stammt, eine Aktualität haben kann und haben wird?

HR: Die gemeinwirtschaftliche und genossenschaftliche Organisation von Teilen der Wirtschaft war ja eine integrative Position der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Im Zeichen der ganzen Privatisierungsdiskussion und der damit verbundenen Regierungsentscheidungen, sagen wir mal in Fragen des Wohnungsbaus oder auch des Versicherungswesens, sind ja konservative Parteien nicht nur, sondern auch konservative Wirtschaftspositionen in den Mittelpunkt gerückt worden. Die Sozialdemokratische Partei hat unter dem Rückgang der Gemeinwirtschaft und der genossenschaftlichen Entwicklung gelitten, aber noch viel mehr die Gewerkschaften. Ich glaube, dass die Position, die zum Teil eingenommen worden ist, auch schuldhaftig bei den Genossenschaften und gemeinwirtschaftlichen Betrieben lag. Man kann nicht beides, genossenschaftlich, gemeinwirtschaftlich tätig sein, preisbestimmend Orientierung für Arbeitnehmer schaffen und andererseits noch Gewinne abwerfen wollen für die gemeinwirtschaftlichen Obergesellschaften. Das passt einfach in einer Privatwirtschaft nicht zusammen. Ich glaube, dass der Genossenschaftsgedanke nach einer allgemeinen Privatisierungswelle in den

letzten eineinhalb bis zwei Jahren wieder an Boden gewonnen hat. Es reift langsam der Gedanke wieder, dass z.B. Wasserwerke, zum Teil auch Energiebetriebe, nicht nur gewinnorientiert, privatwirtschaftlich arbeiten müssen, sondern genossenschaftlich viel bessere Wirkungen und auch Versorgungsfragen entwickeln können als eben andere privatwirtschaftlich organisierte Betriebe. Der Genossenschaftsgedanke ist auf dieser Ebene der Energie- und Wasserwirtschaft langsam aber sicher wieder auf dem Vormarsch, habe ich den Eindruck.

SW: Zurück zur SPD. Wo würdest Du die Herausforderungen für die SPD in der mittelfristigen Zukunft sehen?

HR: Ich würde sie so sehen, dass sie sich den Entwicklungen jeder neuen Generation neu stellen muss. Das ist auch der Sinn demokratischer Politik, immer Mehrheiten zu suchen und Mehrheiten zu schaffen, um den Anforderungen einer sich entwickelnden Gesell-



schaft nachzukommen. Und wenn ich mir die Themen, die jetzt und in

der allernächsten Zukunft eine große Rolle spielen werden, dann ist das im eigenen Land ganz sicher Bildung, Umwelt und soziale Sicherheit, auch als Antwort auf den Generationenprozess, der sich abspielt, und viel wichtiger und umfassender ist, dass der europäische Prozess, der Einigungsprozess, der langsam aber sicher die Nationalstaatlichkeit überwindet und, wie Barosso jetzt gerade in den letzten Tagen erklärt hat, es eine Föderation der Nationalstaaten geben muss, über den EG-Vertrag hinaus. Europa würde sonst mit seiner Kultur und seinem Fortschritt und seinen Lebensbedingungen gegenüber anderen Räumen in der Welt keine Chance mehr haben.

Biographische Angaben zu Hermann Rappe

Gewerkschaftssekretär

Geboren am 20. September 1929 in Hannoversch Münden; verheiratet, ein Kind.

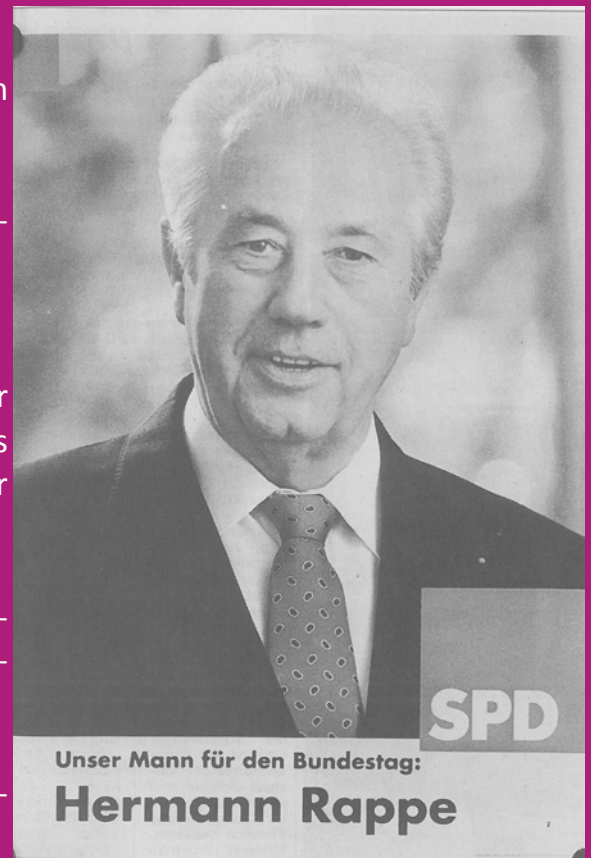
Volksschule, Realschule, mittlere Reife.

Kaufmännische Berufsschule, Kaufmannsgehilfenprüfung.

1950 bis 1952 kaufmännischer Angestellter bei der Konsumgenossenschaft. Seit 1953 Sekretär bei der IG Chemie-Papier-Keramik, seit 1966 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes in Hannover und 1982 bis 1995 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik.

1988 bis 1995 Präsident der internationalen Föderation von Chemie-Energie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICEF).

Mitglied der SPD seit 1947, Mitglied des Bundestages von 1972 bis 1998.



150 Jahre SPD

von Wolfgang Jüttner MdL, Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Die SPD wird im nächsten Jahr 150 Jahre alt. Nur einen geringen Teil dieser Zeit hat sie politische Macht ausüben dürfen: einige Jahre in der Weimarer Republik, von 1969 bis 1982 und von 1998 bis 2005. Und gleichwohl ist sie nicht nur die mit Abstand älteste Partei Deutschlands, sondern sie hat die Entwicklung von einer Klassengesellschaft hin zu einem sozialen Rechtsstaat maßgeblich geprägt.

Entstanden parallel mit den Gewerkschaften war sie die Antwort auf Unterdrückung, Armut und Ausgrenzung.

Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichberechtigung, praktisch der Kampf um die Würde aller Menschen, das waren die Losungen, hinter der sich nach 1863 immer mehr Menschen versammelten.

Die Antwort auf die Ausgrenzung der bürgerlichen Klassengesellschaft war die Schaffung einer eigenen Lebenswelt der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung: Partei, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kulturorganisationen, Sport, Zeitungen..... Ziel war es, die politische Aufklärung der bürgerlichen Revolution zu vollenden und mit den sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts zu verbinden.

Viele Erfolge sind mit der Geschichte der Sozialdemokratie verbunden, die Bismarcksche Sozialgesetzgebung wäre ohne Erstarken der Sozialdemokratie Ende des 19.

Jahrhunderts nicht denkbar gewesen; die Weimarer Verfassung atmet sozialdemokratisches Gedankengut – das Wahlrecht für Frauen z. B. musste 1919 gegen erbitterten Widerstand aller bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden; die Entwicklung der kommunalen Demokratie nach 1945 – ohne Tausende aktiver SPD-Mitglieder gar nicht denkbar; die Entstehung des Grundgesetzes, die Friedenspolitik



von Willy Brandt – der Friedensnobelpreis dokumentiert die weltweite Zustimmung; die vielen Gesetze zur Tarifautonomie und Mitbestimmung, zur Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme.....

Aber 150 Jahre Sozialdemokratie kennt auch Leiden: Wer sich vor 1914 als Parteimitglied bekannte, konnte oft genug – nicht nur während der Sozialistengesetze von 1878 bis 1890 – mit Repressalien rechnen.

Und noch gravierender: unter den Faschisten sind Tausende von Sozialdemokraten mit Berufsverboten schikaniert worden, mussten ins Exil gehen oder kamen zu Tode.

Und wir verschließen auch nicht die Augen vor Fehleinschätzungen, Defiziten, Fehlern: so ist z. B. nicht immer gelungen, neue Fragestellungen wie die ökologische Herausforderung in den siebziger Jahren rechtzeitig zu erkennen, ist das Vertrauen auf den

technischen Fortschritt lange zu undifferenziert gewesen, hätte dem Marktradikalismus und der latenten Staatsfeindlichkeit viel massiver widersprochen werden müssen, um einige Themen der letzten Jahrzehnte anzusprechen.

Und trotzdem: wir sind stolz auf die vielen Generationen vor uns, die für ihre Ideale Zeit und Kraft geopfert haben, auf die vielen Erfolge, die die Sozialdemokratie im Interesse des Gemeinwohls erzielt hat. Wir glauben, dass unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität uns gute Orientierung geben, dass Freiheit ohne „Freiheit“ von Not und Armut nicht denkbar ist, dass zu wenig Gerechtigkeit die Demokratie gefährdet, dass ohne Frieden alles nichts ist, dass ohne Geschlechtergleichheit und Nachhaltigkeit Zukunft nicht gestaltbar ist. Und wir sind sicher, dass bei allen Defiziten die parlamentarische Demokratie allen anderen Formen von Machtausübung drastisch überlegen ist, dass es sich lohnt, für sie zu kämpfen.

Dafür braucht es auch Parteien, Mitgliederorganisationen, in denen die gesellschaftlich strittigen Themen diskutiert werden, die für gesellschaftliche Willensbildung unerlässlich sind.

Die SPD vor 150 Jahren wurde gegründet, um für eine bessere Welt zu arbeiten. Bei allen Fortschritten: Nichts bleibt, wenn es nicht verteidigt wird. Nichts

kommt von allein, auch wenn es gesellschaftspolitisch geboten ist.

Dafür braucht es auch in Zukunft eine starke, selbstbewusste SPD!



Aus der Geschichte unseres Ortsvereins - die 60er Jahre

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
32 Hildesheim, Zingel 16 a

den 14. September 1964

Ratsherren der SPD
Gemeinde Grasdorf

Grasdorf, den 25. April 1965

Sehr geehrter Herr

Mehrere politisch aufgeschlossene Mitbürger Ihrer Gemeinde sind an uns heran getreten und haben uns gebeten, im Hinblick auf kommende Gemeinderats-Wahl eine Zusammenkunft in Grasdorf zu veranstalten. Darum planen wir einen

A u s s p r a c h e a b e n d

am Samstag, dem 19. Sept. 1964
abends um 20.00 Uhr im Gasthof
"Skowronek"

durchzuführen.

Der Landrat unseres Kreises - Herr Kurt G r o b e , Gleidi wird an dieser Aussprache teilnehmen, einen kurzen einführenden Vortrag halten, und dann unseren Besuchern auf Fragen und Rückkünften bereit stehen.

Hochachtungsvoll !

S P D , Unterbezirk Hildesheim

Willi S t a n i a
Geschäftsführer

E i n l a d u n g
Wir laden ein zu einem Gespräch am

1. Mai 1965 um 9.30 Uhr in der
Schloßschänke in Astenbeck

Thema:

Kommunalpolitische Arbeit und Aufgaben in der Gemeinde.

Sie fragen - wir antworten

Soweit keine eigene Fahrmöglichkeit nach dort besteht, können Fahrzeuge, die um 9.15 am Dorfbrunnen bereit stehen, benutzt werden.

Die Ratsherren der SPD

gez. W. Buhmann H. Gasenzer W. Meibohm K. Schaper W. Steiger

Kandidaten der SPD
-Gemeinderatswahl 1964-

Grasdorf, im September 1964

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Grasdorf !
Am 27. Sept. 1964 üben Sie das vornehmste demokratische Recht aus, das der Bürger unserer Gemeinde hat: Sie wählen Ihre Gemeindevertreter für den Gemeinderat.
Wir bitten Sie, an der Wahl teilzunehmen. Ihre Stimme soll dazu beitragen, den Gemeinderat zum Spiegelbild der Gemeinde und ihrer sozialen Struktur werden zu lassen.
Die Gemeinde - das sind wir alle !

Sie haben sicherlich offenen Auges, befriedigt oder unbefriedigt, betrachtet, was sich in der ablaufenden Ratsperiode getan hat: Straßenbeleuchtung, Straßenbau.

Doch hat nicht die im Rat der Gemeinde sehr umstrittene Kanalisationsentsatzung mit ihren negativen Folgeerscheinungen: Mahnungen, Zwangseinzahlungen und Lohnpfändungen das Vertrauen zum Gemeinderat erschüttert und das Zusammenleben in der Gemeinde erschwert?
Sichern Sie durch Ihre Stimmabgabe für einen Kandidaten der SPD, daß sich etwas Derartiges nicht wiederholt.

Neue Aufgaben hält für die nächste Zukunft die Gemeinde für uns bereit:
Die Ortskanalisation mit ihren noch unbestimmten Kosten, Gebühren und technischen Problemen und die Erschließung des Baugeländes in der Nordsiedlung.

Es sind dies Maßnahmen, von denen wir alle betroffen werden und deren erfolgreiche Ausführung große Umsicht und ein offenes, ehrliches Vertrauensverhältnis zu dem Gemeinderat voraussetzt.
Bringen Sie bitte dieses Vertrauen den im Leben und Beruf erfahrenen Kandidaten der SPD entgegen.
Wir halten für erforderlich:

1. Bessere und rechtzeitige Aufklärung der Gemeinde durch Bürgerversammlungen.
2. Nutzvolle Anwendung der Steuermittel der Gemeinde,

Tanz- und Unterhaltung!

Samstag, 20. September 1969
Gasthaus Zloch, ab 20 Uhr

mit Conférencier

Rolf Niemann

Musik, Gesang, Zauberei

Es ladet ein:
SPD-Ortsverein Grasdorf

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Grasdorf, 26.10.1967
Ortsverein Grasdorf

An den
Sekretär des Unterbezirks der SPD

32 Hildesheim

Betr.: Erstes gesellschaftliches Auftreten des Ortsvereins Grasdorf

Lieber Parteifreund Stania!

Der Ortsverein Grasdorf will nach 5jährigem Bestehen auf Grund seiner schnell angewachsenen und hohen Mitgliederzahl nunmehr auch gesellschaftlich in der Öffentlichkeit auftreten.

Zu dem vorgesehenen Spanferkelessen mit Tanz und Unterhaltung lade ich hiermit herzlich ein.

Tag: Samstag, 11. Nov. 1967
Zeit: 20.00 Uhr
Ort: Gasthaus Borchers

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Niemann
Vorsitzender

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Grasdorf

Grasdorf, April 1967

Einladung

Zu einem politischen Gespräch
am Freitag, dem 14. April 1967, 20-00 Uhr,
im Gasthaus Borchers
lade ich herzlich ein.

Es spricht das Mitglied des Nds. Landtages
Landrat Kurt Grobe

Thema: Landes- und Kreispolitik

Wir würden uns freuen, wenn über den Kreis unserer Mitglieder hinaus auch andere interessierte Bürger unserer Gemeinde an diesem politischen Gespräch teilnehmen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Niemann
Vorsitzender

Impressum
SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum
Sven Wieduwilt
Wiethagen 3
Luttrum
Tel.: 963117
swieduwilt@spd-holle.de

SPD